

A	STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	2
A.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Umwelt und Arbeitsschutz	2
A.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Landwirtschaft	6
A.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Forst	6
A.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenverkehrsbehörde	7
A.5	Landratsamt Sigmaringen – FB Baurecht	7
A.6	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	8
A.7	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben	9
A.8	Deutsche Telekom Technik GmbH	10
A.9	Netze BW GmbH	11
A.10	Amprion GmbH	11
A.11	BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen mbH & Co. KG	11
A.12	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	11
A.13	Polizeipräsidium Ravensburg – Führungs- und Einsatzstab, Sachbereich Verkehr	12
B	KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE	13
B.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbau	13
B.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Recht und Ordnung	13
B.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Vermessung und Flurneuordnung	13
B.4	Regierungspräsidium Tübingen – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz	13
B.5	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben	13
B.6	Netze-Gesellschaft Südwest mbH	13
B.7	terranets bw GmbH	13
B.8	Stadt Pfullendorf	13
B.9	Gemeindeverwaltungsverband Altshausen	13
B.10	Gemeinde Hoßkirch	13
B.11	Regierungspräsidium Tübingen – Referat 45	13
B.12	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege	13
B.13	Gemeindeverwaltung Königseggwald	13
B.14	Gemeindeverwaltung Riedhausen	13
B.15	Gemeindeverwaltung Wilhelmsdorf	13
B.16	Gemeindeverwaltung Illmensee	13
B.17	Gemeindeverwaltung Krauchenwies	13
B.18	Gemeindeverwaltung Hohentengen	13
B.19	Stadtverwaltung Bad Saulgau	13
B.20	Stadtverwaltung Mengen	13
B.21	Zweckverband WV Königsegg	13
B.22	Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V.	13
B.23	BUND	13
B.24	NABU Baden-Württemberg	13
B.25	NetComBW	13
C	PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN	14

A STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Umwelt und Arbeitsschutz (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)	
A.1.1	Dem Bebauungsplan wird unter Beachtung folgender Auflagen und Hinweise zugestimmt. Umweltrechtliche Vorgaben können durch Einhaltung der u. g. Auflagen überwunden werden.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.2	WASSERRECHT	
A.1.2.1	<u>Wasserversorgung</u> Die Trinkwasserversorgung kann durch den Anschluss an das örtliche Versorgungsnetz erfolgen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.2.2	<u>Abwasserbeseitigung</u>	
A.1.2.2.1	Kommunales Abwasser Mit Blick auf eine gesicherte Abwasserbeseitigung bestehen bei einem Anschluss von häuslichem Abwasser an die Ortskanalisation keine Bedenken, eine aktuelle Überrechnung der Kläranlage sowie eine Schmutzfrachtberechnung liegen vor. Für die Beseitigung von Niederschlagswasser von befestigten und unbefestigten Flächen ist § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes (Handhabung von Niederschlagswasser) sowie § 46 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (Abwasserbeseitigungspflicht) zu beachten. Hierbei sind die Verordnung des Ministeriums für Umwelt über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22.03.1999, die Arbeitshilfen der LUBW „für den Umgang mit Regenwasser in Siedlungsgebieten“, das Arbeitsblatt der DWA A-138 sowie der Leitfaden zur naturverträglichen Regenwasserbewirtschaftung des Umweltministeriums anzuwenden. Unbelastetes Niederschlagswasser ist über den Regenwasserkanal abzuführen. Fehllanschlüsse sind unbedingt zu vermeiden.	Dies wird berücksichtigt. Der Hinweis zur Abwasserbeseitigung in den Bebauungsvorschriften wird ergänzt.
A.1.2.3	<u>Grundwasserschutz</u> Das neu ausgewiesene Plangebiet befindet sich außerhalb der rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebiete.	Dies wird berücksichtigt. Es wird ein Hinweis zum Grundwasserschutz in den Bebauungsvorschriften eingearbeitet.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Sollte Grundwasser angetroffen werden, ist der Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz zu benachrichtigen. Einer dauerhaften Grundwasserabsenkung kann nicht zugestimmt werden.	
A.1.3	BODENSCHUTZ	
A.1.3.1	Wir begrüßen ausdrücklich die ausführlichen Hinweise zum Umgang mit dem Schutzgut Boden. Die Belange des Bodenschutzes sind entsprechend des Merkblatts „Bodenschutz in der Bauleitplanung“ ausreichend berücksichtigt.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.3.2	Bei der Erschließung und den einzelnen Bauvorhaben ist das beiliegende Merkblatt des Landkreises Sigmaringen "Bodenschutz bei Bauarbeiten" sowie die DIN 19731 „Verwertung von Bodenmaterial“ zu beachten. Sollte bei den Bauvorhaben anfallender Bodenaushub für Auffüllungen im Außenbereich vorgesehen sein, ist das beiliegende Merkblatt „Erd-auffüllungen/ Erdaufschüttungen im Außenbereich“ zu beachten. Für das Plangebiet sind keine Eintragungen im Bodenschutz- und Altlastenkataster vorhanden. Sollte bei den Bau- oder Erschließungsmaßnahmen dennoch sensorisch auffälliger Erdaushub angetroffen werden (z.B. Geruch nach Mineralöl o.Ä., Verfärbungen oder Fremdkörper) ist das Landratsamt Sigmaringen, Fachbereich Umwelt und Arbeitsschutz, unverzüglich zu informieren.	Dies wird berücksichtigt. Der Hinweis zum Bodenschutz in den Bebauungsvorschriften wird ergänzt.
A.1.4	ABFALL	
A.1.4.1	Hinweis: Anfallende Bauabfälle, Bauschutt und Abbruchmaterial müssen getrennt gesammelt und einer Verwertung zugeführt bzw. als Abfall entsorgt werden. Bei der Verwertung von mineralischen Reststoffen sind die Anforderungen der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial vom 14.03.2007 bzw. die vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg vom 13.04.2004 einzuhalten. Bei der Verwertung von humosem Bodenmaterial in der durchwurzelbaren Bodenschicht oder als Oberboden ist die	Dies wird berücksichtigt. Es wird ein Hinweis zum Umgang mit Abfall in den Bebauungsvorschriften eingearbeitet.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) anzuwenden.	
A.1.5	IMMISSIONSSCHUTZ Das überplante Gebiet fügt sich in die bestehende Bebauung ein. Die Gebietsabstufung (MI/MD - WA) ist eingehalten. Aus Immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Planung keine Bedenken.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.6	NATURSCHUTZ	
A.1.6.1	Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der 3. Bebauungsplanänderung sind vollständig. Es handelt sich um ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB. Im beschleunigten Verfahren ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB keine Umweltprüfung durchzuführen und kein Umweltbericht zu erstellen. Zudem ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB die naturschutzrechtliche Eingriffs-/Ausgleichsregelung nicht anzuwenden. Schutzgebietskulissen nach Naturschutzrecht sind nicht betroffen. Die, in der Umweltanalyse des Büro 365° freiraum + umwelt (Stand: 06.04.2020) formulierten, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen (V1 - V3 und M1 - M9) sind vollständig umzusetzen. Wie bereits in der Umweltanalyse dargestellt wurde, stellen die westlichen Gehölzbestände eine große Bedeutung für den Artenschutz dar. Zum einen gelten sie als Lebensraum für Fledermäuse und Vögel, zum anderen wurden in den Gehölzbeständen Fledermauskästen und Nisthilfen als Ausgleichsmaßnahme für den Bebauungsplan „Brühläcker II“ angebracht. Deshalb ist besonders darauf zu achten, die Gehölzbestände zu erhalten (V3) und nicht zu beeinträchtigen (z.B. durch Lichtemissionen (M6)).	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.1.6.2	In den örtlichen Bauvorschriften begrüßen wir die Festlegung, dass flächige Steingärten nicht zulässig sind und die unversiegelten Grundstücksflächen als Vegetations- und Grünflächen anzulegen und zu unterhalten sind.	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.1.6.3	<p>Des Weiteren bitten wir in den Bebauungsplan möglichst aufzunehmen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gehölzpflanzungen zu über 90 % nur mit einheimischen Bäumen und Sträuchern erfolgen dürfen - Einfriedungen im Hinblick auf Kleinsäuger so zu gestalten sind, dass sie mindestens 10 cm über dem Grund enden 	<p>Es wird in der Bebauungsplanänderung bereits berücksichtigt, dass Gehölzpflanzungen nur mit heimischen und standortgerechten Laub- oder Obstbäumen erfolgen dürfen. Es wird ergänzend ein Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen, dass Gehölzpflanzungen mit einheimischen Bäumen und Sträuchern vorgenommen werden sollen.</p> <p>Es wird ein Hinweis in die Bebauungsvorschriften aufgenommen, dass Einfriedungen im Hinblick auf Kleinsäuger so zu gestalten sind, dass sie mindestens 10 cm über dem Grund enden.</p>
A.1.6.4	<p>Hinweise:</p> <p>Aufgrund von höchstrichterlicher Entscheidung (VGH Mannheim, Urteil vom 12.06.2012, Nr. 8 S 1337/10, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 18.07.2012, Nr. 4 CN 3.12) sind folgende Positionen im Bauleitplanverfahren zu beachten: § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB verpflichtet die Gemeinden, die in den vorgenannten Stellungnahmen und Unterlagen behandelten Umweltthemen nach Themenblöcken zusammenzufassen und diese in der Auslegungsbekanntmachung schlagwortartig zu charakterisieren. Erforderlich ist eine Kurzfassung der vorhandenen Informationen. Das Bekanntmachungserfordernis erstreckt sich auch auf solche Arten verfügbarer Umweltinformationen, die in Stellungnahmen enthalten sind, die die Gemeinde für unwesentlich halten und deshalb nicht auszulegen beabsichtigt. Verstöße gegen § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB führen zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes. Ein pauschaler Hinweis auf den anhängenden Umweltbericht sowie eine bloße Auflistung der umweltbezogenen Stellungnahmen genügt diesen Anforderungen nicht. Nach Auffassung der Rechtsprechung ist die zu planende Gemeinde auf der „sicheren Seite“, wenn der Bekanntmachungstext einen zwar stichwortartigen aber vollständigen Überblick über diejenigen Umweltbelange ermöglicht, die aus der Sicht der zum Zeitpunkt der Auslegung vorliegenden Stellungnahmen und Unterlagen in der betreffenden Planung eine Rolle spielen.</p> <p>Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Re-</p>	<p>Die vorliegende Bebauungsplanänderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt. Die Pflicht einer schlagwortartigen Zusammenfassung und Charakterisierung von Umweltinformationen gilt nur im Regelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	gelverfahren. Im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB und im beschleunigten Verfahren nach §§ 13a und 13b BauGB, in denen von Umweltprüfung und Umweltbericht abgesehen wird, entfällt auch die Pflicht zur Angabe, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind.	
A.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Landwirtschaft (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)	
A.2.1	<p>Die 3. Änderung des Bebauungsplans sieht keinen Pufferstreifen bzw. Schutzstreifen zwischen den nördlich angrenzenden, landwirtschaftlich genutzten Ackerflächen und den Baugrundstücken vor. Innerhalb der Grenze des Plangebietes sollte daher unbedingt eine mind. 2 m breite Grünfläche (unzugänglich), ein mind. 2 m breiter Feldweg oder eine 2 m breite Bepflanzung angelegt werden, um Nutzungskonflikte im Zusammenhang mit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu vermeiden.</p> <p>Nach der „Bekanntmachung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL 16/02/02, 27.04.2016) über die Mindestabstände bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zum Schutz von Umstehenden und Anwohnern“ ist zu beachten, dass bei Pflanzenschutzmaßnahmen in Flächenkulturen (z.B. Acker- und Grünland) zwischen landwirtschaftlichen Grundstücken und Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind (§ 17 PflSchG), Wohngebieten und privat genutzten Gärten ein Mindestabstand von 2 Metern einzuhalten ist. Dieser Schutzstreifen darf nicht mit Pflanzenschutzmitteln behandelt werden. Bei einem fehlenden Schutzstreifen kommt es zu erheblichen Bewirtschaftungseinschränkungen für die angrenzenden Landwirte, die zu vermeiden sind.</p>	<p>Dies wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Die nördlich angrenzende landwirtschaftliche Fläche, Flst. Nr. 290/5, ist Ausgleichsfläche des Bebauungsplans „Brühläcker II“ und wird nicht mehr landwirtschaftlich genutzt. Als Ausgleichsmaßnahmen sind dort insbesondere extensives Grünland zu entwickeln, bestehende Bäume und Sträucher zu sichern, Sträucher anzupflanzen und blütenreiche Säume zu entwickeln. Diese Ausgleichsmaßnahmen wurden durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Gemeinde Ostrach und dem Landratsamt Sigmaringen im Januar 2019 gesichert. Pflanzenschutzmittel werden daher aufgrund der nicht mehr stattfindenden landwirtschaftlichen Nutzung auf dieser Fläche nicht verwendet.</p> <p>Die östliche Fläche, Flst. Nr. 291, wird als landwirtschaftliche Ackerfläche genutzt. Da in diesem Bereich in den schon rechtskräftigen Bebauungsplan nicht eingegriffen wird (lediglich Änderung Gebietscharakter MD in WA) und die gesamten Grundstücke entlang dieser Ackerfläche schon bebaut sind können keine nachträglichen Festsetzungen erfolgen. In welchem Umfang Pflanzenschutzmittel auf Flst. Nr. 291 eingesetzt werden, ist nicht bekannt. Nach Luftbild sind entlang der Bauplatzgrenzen zum Acker hin Hecken etc. als Schutz gepflanzt. Flst. Nr. 291/1 ist im rechtskräftigen BPL als Grünfläche festgesetzt und darf nicht bebaut werden.</p>
A.2.2	Der Fachbereich Landwirtschaft erhebt keine Einwände.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Forst (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)	
A.3.1	Die geplante Erweiterung führt zu einer Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes im nördlichen Bereich des Geltungsbereiches. Da aber die Ausgleichsmaßnahme Waldumbau der früheren Bauleitplanung	Dies wird zur Kenntnis genommen.
	Bebauungsplan	

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Brühläcker II auf Flst. Nr. 290/5 die Fichtenbestockung durch Laubbäume zweiter Ordnung ersetzen soll, können Bedenken wegen des unterschrittenen Waldabstandes zurück gestellt werden.	
A.4	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenverkehrsbehörde (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)	
A.4.1	Gegen die Änderung des Bebauungsplans in der vorgelegten Form bestehen unsererseits weitestgehend keine Bedenken.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.4.2	Nur in einigen Punkten halten wir aus Gründen der Verkehrssicherheit eine Änderung für erforderlich: Die Einmündung der Erschließungsstraße der zwei bzw. drei Grundstücke im westlichen Teil des Plangebiets in die Schmiedgasse ist zu breit geraten und ist spitzwinklig angeschlossen. Dies lädt zu einer schnellen Ein- und Ausfahrt ein, beim Ausfahren muss zusätzlich der Kopf stark gedreht werden, um den Verkehr aus nördlicher Richtung erkennen zu können. Der Einmündungsbereich sollte deshalb verkleinert und die Erschließungsstraße senkrecht an die Schmiedegasse angeschlossen werden.	Dies wird nicht berücksichtigt. Die in der Bebauungsplanänderung festgesetzte Erschließungsstraße der zwei bzw. drei Grundstücke im westlichen Teil des Plangebiets in die Schmiedgasse berücksichtigt in ihrem Verlauf und ihrer Dimensionierung die bestehende Geländetopographie, ist demzufolge höhenmäßig die beste Lösung und wurde auf dem bestehenden, alten Feldweg aufgebaut. Zudem wurden der Verlauf und die Dimensionierung der Erschließungsstraße mit einem Ingenieurbüro für Tief- und Straßenbau abgestimmt. Die Einmündung der Erschließungsstraße der zwei bzw. drei Grundstücke im westlichen Teil des Plangebiets in die Schmiedgasse wird daher nicht verkleinert und nicht senkrecht an die Schmiedegasse angeschlossen.
A.4.3	An der Einmündung der o.g. Erschließungsstraße in die Schmiedegasse sind die Mindestsichtfelder von 3 / 70 Meter (bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h) bzw. von 3 / 30 Meter (bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h) gemäß der RAST 06, Ziffer 6.3.9.3 zwischen 0,80 m und 2,50 m von ständigen Sichthindernissen, parkenden Fahrzeugen und sichtbehinderndem Bewuchs freizuhalten. Wir regen an, die Sichtdreiecke im zeichnerischen Teil aufzunehmen.	Dies wird berücksichtigt. Die Sichtdreiecke von 3 / 70 Meter bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gemäß der RAST 06 an der Einmündung der Erschließungsstraße in die Schmiedegasse werden im zeichnerischen Teil aufgenommen.
A.5	Landratsamt Sigmaringen – FB Baurecht (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)	
A.5.1	Dies ist eine koordinierte Stellungnahme der vorgenannten Fachbereiche. Die Angaben wurden auf Plausibilität geprüft. Eine vorweggezogene Abwägung hat nicht stattgefunden. Eine Abarbeitung und Abwägung im kommunalen Gremium ist zu jeder einzelnen Position notwendig. Ich darf Sie bitten, nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange dem Fachbereich Baurecht und dem Fachbereich	Dies wird berücksichtigt. Nach Beratung der öffentlich-rechtlichen Belange wird ein Abwägungsprotokoll übersandt.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	Umwelt und Arbeitsschutz in jedem Fall je ein Abwägungsprotokoll zu übersenden.	
A.6	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (Schreiben vom 24.06.2020)	
A.6.1	<p>Geotechnik</p> <p>Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für die Planungsbereiche ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.</p> <p>Eine wasserwirtschaftliche Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, empfiehlt das LGRB andernfalls die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan:</p> <p>Die Planungsbereiche befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Gesteinen der Obere Meeresmolasse, die teilweise von Mindel-Deckenschottern überlagert werden. Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.</p> <p>Die anstehenden Gesteine der Obere Meeresmolasse neigen in Hanglage und bei der Anlage von tiefen und breiten Baugruben zu Rutschungen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis zur Geotechnik in den Bauungsvorschriften eingearbeitet.</p>
A.6.2	<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
A.6.3	Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.6.4	Grundwasser Auf die Lage des östlichen Teilbereiches des Planvorhabens in Schutzzone III des festgesetzten Wasserschutzgebietes „WSG Repperweiler“ (LUBW Nr.: 437-027) sowie die entsprechende Rechtsverordnung wird hingewiesen. Hinsichtlich potentieller Gefährdungen mit Prüfungsbedarf wird auf das DVGW Arbeitsblatt W 101 verwiesen. Aktuell findet im Plangebiet keine Bearbeitung des LGRB zu hydrogeologischen Themen statt.	Dies wird berücksichtigt. Es wird ein Hinweis zum festgesetzten Wasserschutzgebiet in die Bebauungsvorschriften eingearbeitet.
A.6.5	Bergbau Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbauggebiet. Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder Althohlräumen betroffen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.6.6	Geotopschutz Im Bereich der Planflächen sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.6.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.7	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Schreiben vom 22.06.2020)	
A.7.1	Im Planbereich des o. g. Vorhabens ist entsprechend der Raumnutzungskarte des rechtskräftigen Regionalplans (1996)	Dies wird zur Kenntnis genommen.

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	<p>ein „Schutzbedürftiger Bereich für die Wasserwirtschaft“ (Plansatz 3.3.5) festgelegt, den es als Ziel der Raumordnung im Sinne von § 1 Abs. 4 BauGB, § 3 Abs. 1 Nr. 2 und § 4 Abs. 1 ROG sowie § 4 Abs. 1 und 4 LplG zu beachten gilt. Demzufolge sind alle Maßnahmen unzulässig, die die Nutzung der Grundwasservorkommen nach Menge, Beschaffenheit und Verfügbarkeit einschränken oder gefährden. Durch die Ausweisung der Wasserschutzgebiete „Eimühle - Habsthal“ (festgesetzt am 04.07.1997) und „Reppenweiler“ (festgesetzt am 10.01.1997) wurden die Vorgaben des Regionalplans konkretisiert. Entsprechend Fortschreibungsentwurf des Regionalplans kann der „Schutzbedürftige Bereich für die Wasserwirtschaft“ im Planbereich des o. g. Vorhabens deshalb entfallen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee - Oberschwaben begrüßt die vorgelegte Planung im Sinne einer städtebaulich geordneten Entwicklung des Innenbereichs und bringt keine weiteren Anregungen oder Bedenken vor.</p>	
A.8	Deutsche Telekom Technik GmbH (Schreiben vom 09.06.2020)	
A.8.1	<p>Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes haben wir keine Einwände, möchten jedoch auf folgendes hinweisen.</p> <p>Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind. Das Baugebiet wurde in Koordination mit der Gemeinde von uns in den letzten 2 Jahren erschlossen.</p> <p>Am Rande des Baugebietes wurde die Zuführung über Privatgrund realisiert.</p> <p>Um eine kostenpflichtige Umlegung dieser Anlage zu vermeiden, wäre eine Sicherung über ein Leitungsrecht zu Gunsten der Telekom Deutschland sehr dienlich.</p> <p>Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch mit folgendem Wortlaut: "Beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die Telekom Deutschland GmbH, Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien, ver-</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die beschriebene Telekommunikationslinie der Telekom am Rande des Baugebiets verläuft künftig innerhalb einer öffentlichen Grünfläche mit Zweckbestimmung Grünanlage.</p> <p>Entsprechende Dienstbarkeiten im Grundbuch werden veranlasst.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	bunden mit einer Nutzungsbeschränkung." erfolgen.	
A.8.2	<p>Zur Herstellung einer Hauszuführung mögen der/die Bauherren sich bitte rechtzeitig vor Baubeginn über unser Internetportal des Bauherrens-service oder unserem Eingangstor für die Hauszuführungen melden. Die Kontaktdaten lauten:</p> <p>Email: Bbb-Donaueschingen@telekom.de Tel. +49 800 3301903 Web: https://www.telekom.de/hilfe/bauherren</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis zu den Belangen der Deutsche Telekom Technik GmbH in die Bebauungsvorschriften eingearbeitet.</p>
A.9	Netze BW GmbH (Schreiben vom 20.05.2020)	
A.9.1	<p>Wir haben keine Einwände zu dieser Änderung.</p> <p>Im Geltungsbereich befinden sich 0,4 kV Kabelvorstreckungen. Wir gehen davon aus, dass diese Kabel bestehen bleiben können.</p> <p>Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Eine weitere Verfahrensbeteiligung wird zugesichert.</p>
A.10	Amprion GmbH (Schreiben vom 03.06.2020)	
A.10.1	<p>Im Planbereich der o.a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens. Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleistungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	<p>Dies wurde berücksichtigt.</p> <p>Die bezüglich weiterer Versorgungsleistungen zuständigen Unternehmen wurden beteiligt.</p>
A.11	BLS-Breitbandversorgungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen mbH & Co. KG (Schreiben vom 15.06.2020)	
A.11.1	<p>Als Träger öffentlicher Belange sind wir für die Planung von Breitbandleerrohren betroffen. Wir würden Sie daher darum bitten, uns am weiteren Verfahren Teil haben zu lassen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Eine weitere Verfahrensbeteiligung wird zugesichert</p>
A.12	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (Schreiben vom 28.05.2020)	
A.12.1	<p>Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.</p> <p>Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Trä-</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag
	ger öffentlicher Belange keine Einwände.	
A.13	Polizeipräsidium Ravensburg – Führungs- und Einsatzstab, Sachbereich Verkehr (Schreiben vom 28.05.2020)	
A.13.1	<p>Seit dem 01.01.2020 ist das Polizeipräsidium Ravensburg in allen polizeiliche Angelegenheiten (u. a.) im Landkreis Sigmaringen örtlich zuständig.</p> <p>Das Polizeipräsidium Konstanz hat uns deshalb Ihre Anhörung zuständigkeits halber zukommen lassen. Anbei übersende ich die polizeiliche Stellungnahme zu der Bebauungsplanänderung.</p> <p>Für zukünftige Anhörungen möchte ich Sie bitten, diese an das Polizeipräsidium Ravensburg, Gartenstr. 97, 88212 Ravensburg, oder – besser – an die u. a. dienstliche Email-Adresse zu schicken.</p>	<p>Dies wurde berücksichtigt.</p> <p>Zukünftige Anhörungen werden an das Polizeipräsidium Ravensburg, Gartenstr. 97, 88212 Ravensburg geschickt.</p>
A.13.2	Gegen die Änderung des Bebauungsplans in der vorgelegten Form bestehen seitens des Polizeipräsidiums Ravensburg weitestgehend keine Bedenken.	Dies wird zur Kenntnis genommen.
A.13.3	<p>Allerdings halten wir bei einem Detail aus verkehrspolizeilicher Sicht eine Änderung für erforderlich:</p> <p>Die Einmündung der Erschließungsstraße der zwei bzw. drei Grundstücke im westlichen Teil des Plangebiets in die Schmiedegasse ist deutlich zu breit geraten und spitzwinklig angeschlossen.</p> <p>Dies lädt zu einer schnellen Ein- und Ausfahrt ein, beim Ausfahren muss zusätzlich der Kopf stark gedreht werden, um den Verkehr aus nördlicher Richtung erkennen zu können.</p> <p>Der Einmündungsbereich sollte deshalb verkleinert und die Erschließungsstraße senkrecht an die Schmiedegasse angeschlossen werden.</p>	<p>Dies wird nicht berücksichtigt.</p> <p>Die in der Bebauungsplanänderung festgesetzte Erschließungsstraße der zwei bzw. drei Grundstücke im westlichen Teil des Plangebiets in die Schmiedegasse berücksichtigt in ihrem Verlauf und ihrer Dimensionierung die bestehende Geländetopographie, ist demzufolge höhenmäßig die beste Lösung und wurde auf dem bestehenden, alten Feldweg aufgebaut. Zudem wurden der Verlauf und die Dimensionierung der Erschließungsstraße mit einem Ingenieurbüro für Tief- und Straßenbau abgestimmt. Die Einmündung der Erschließungsstraße der zwei bzw. drei Grundstücke im westlichen Teil des Plangebiets in die Schmiedegasse wird daher nicht verkleinert und nicht senkrecht an die Schmiedegasse angeschlossen.</p>

B KEINE BEDENKEN UND ANREGUNGEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

B.1	Landratsamt Sigmaringen – FB Straßenbau (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)
B.2	Landratsamt Sigmaringen – FB Recht und Ordnung (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)
B.3	Landratsamt Sigmaringen – FB Vermessung und Flurneuordnung (gemeinsames Schreiben vom 23.06.2020)
B.4	Regierungspräsidium Tübingen – Ref. 21 Raumordnung, Baurecht, Denkmalschutz (Schreiben vom 23.06.2020)
B.5	Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben (Schreiben vom 26.06.2020)
B.6	Netze-Gesellschaft Südwest mbH (Schreiben vom 10.06.2020) – keine weitere Beteiligung
B.7	terraneis bw GmbH (Schreiben vom 25.05.2020) – keine weitere Beteiligung
B.8	Stadt Pfullendorf (Schreiben vom 26.05.2020) – keine weitere Beteiligung
B.9	Gemeindeverwaltungsverband Altshausen (Schreiben vom 04.06.2020) – keine weitere Beteiligung
B.10	Gemeinde Hoßkirch (Schreiben vom 26.05.2020)
B.11	Regierungspräsidium Tübingen – Referat 45
B.12	Regierungspräsidium Stuttgart – Landesamt für Denkmalpflege
B.13	Gemeindeverwaltung Königseggwald
B.14	Gemeindeverwaltung Riedhausen
B.15	Gemeindeverwaltung Wilhelmsdorf
B.16	Gemeindeverwaltung Illmensee
B.17	Gemeindeverwaltung Krauchenwies
B.18	Gemeindeverwaltung Hohentengen
B.19	Stadtverwaltung Bad Saulgau
B.20	Stadtverwaltung Mengen
B.21	Zweckverband WV Königsegg
B.22	Landesnatschutzverband Baden-Württemberg e.V.
B.23	BUND
B.24	NABU Baden-Württemberg
B.25	NetComBW

C PRIVATE STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.